

Foto: PIEL media

Rheinland-Pfalz

## Bildung ist das Fundament

**Mit der Verabschiedung des Regierungsprogramms für die Jahre 2006 bis 2011 auf einem kleinen Parteitag in Bingen hat die rheinland-pfälzische CDU die heiße Phase des Wahlkampfes eingeleitet.**

Kernstücke im Bildungsbereich sind die Einführung der „Fördernden Grundschule“, die Einstellung von

900 neuen Lehrern und die Streichung der Kindergartenbeiträge. Ab 2007 werden alle Kinder beitragsfrei den Kindergarten besuchen können. Die Kosten übernimmt das Land.

„Was bei der Förderung von Kindern in ihren frühen Lebensjahren versäumt wird, kann nie wieder nachgeholt werden“, erläuterte der ▶

### INHALT

Sachsen-Anhalt:  
Wahlprogramm vorgestellt  
Seite 5

Angela Merkel beim  
Weltwirtschaftsforum  
Davos:  
Herausforderungen als  
Chance begreifen  
Seite 8–9

## HEUTE AKTUELL

■ Berlin: Pflüger fordert Wowereit heraus (S. 3) ■ Oettinger trifft Papst Benedikt XIV. (S. 4) ■ Familienfreundlichkeit – Markenzeichen der deutschen Wirtschaft (S. 6) ■ Aktionswoche: „Der Anfang stimmt!“ (S. 7) ■ MIT: „Antidiskriminierungsgesetz aus rot-grüner Feder verhindern“ (S. 10) ■ P. Bleser: Saisonarbeitskräfte weiter Thema (S. 11) ■ M. Fuchs: Wirtschaft bestätigt Regierungskurs (S. 11) ■ C. Ruck: „Allianz für Entwicklung“ schaffen (S. 11-12) ■ U. Heinen: Lebensmittelimporte besser kontrollieren (S. 12-13) ■ E. Steinbach: Positive Bilanz des Menschenrechtsgerichtshofes (S. 13) ■ L. Meyer: Optimismus und neues Vertrauen – Für Wachstum und neue Arbeitsplätze (S. 14) ■ J. Singhammer: Geburtenrückgang fatal (S. 14-15) ■ J.-K. Fromme: Union bleibt zuverlässiger Partner (S. 15-16) ■ I. Fischbach: Der Mensch ist mehr als eine Ware (S. 16)

► CDU-Landesvorsitzende Christoph Böhr die Entscheidungen. „Wir müssen deshalb möglichst früh ansetzen und wieder mehr vom Kind her denken.“

Der Hirnforscher Prof. Gerald Hüther, Gastredner auf dem Parteitag, unterstützte die Linie der Union, Eltern finanziell zu entlasten und Kinder früh zu fördern. Denn bis zum Alter von sechs Jahren entwickle sich das Gehirn zu seiner vollen Blüte – um sich dann wieder zurückzubilden. „Alles nicht-benutzte schrumpelt weg, deswegen müssen im frühen Alter viele Synapsenstränge miteinander verknüpft wer-

den“, erklärte Hüther. Wie beim Hausbau sei die Kindergartenzeit das Fundament, der Dachstuhl sei die Uni. Aber es habe keinen Sinn, „Geld in den Dachstuhl zu stecken, wenn das Fundament fehlt“. Daher gelte: „Wer früh investiert, spart später.“

Um auf dieses Fundament starke Wände stellen zu können, beschloss die Union, 900 neue Lehrer einzustellen. „Wir geben den Eltern die Garantie, dass ihre Kinder den vorgesehenen Unterricht auch tatsächlich bekommen“, so Böhr. Die CDU nehme nicht hin, dass Woche für Woche 20.000

## DIE WICHTIGSTEN PROGRAMMPUNKTE:

- Kindergarten ab Januar 2007 beitragsfrei
- Betreuungsangebot für Zweijährige ausbauen
- „Fördernde Grundschule“: flexible Eingangsstufe ab fünf Jahren mit altersgemischten Gruppen, Kinder durchlaufen erstes und zweites Schuljahr in ein bis drei Jahren je nach individuellen Voraussetzungen, anschließend ab drittem Schuljahr Klassenverband
- Unterrichtsgarantie durch Einstellung von 900 zusätzliche Lehrkräften
- Abitur nach zwölf Schuljahren
- größere Polizeidichte und -präsenz durch Einstellung von 800 zusätzlichen Polizisten
- Förderung des Mittelstands
- Bürokratie-Abbau und verbesserte Infrastruktur
- Verwaltungsreform: Festhalten an der Verbandsgemeinde, Zuständigkeiten nach unten verlagern, Landtag von 101 auf 75 Abgeordnete verkleinern

UD



Unterrichtsstunden ausfallen. Auf überwältigende Zustimmung der Delegierten stieß das Konzept der „Fördernden Grundschule“, mit dem die CDU Rheinland-Pfalz das einzelne Kind und seine individuellen Entwicklungsmöglichkeiten konsequent in den Vordergrund stellt. „Wir wollen, dass Kinder entsprechend ihrer Begabungen gefördert werden, damit jedes einzelne Kind seine besonderen Fähigkeiten entwickeln kann“, bekräftigte Böhr. Die „Fördernde Grundschule“ soll innerhalb von vier Jahren ab dem Schuljahr 2007/2008 flächendeckend eingeführt

werden. Sie beinhaltet eine flexible Eingangsstufe mit altersgemischten Gruppen, in denen die Schüler das erste und zweite Schuljahr in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren durchlaufen. Der Schulbeginn wird um ein Jahr vorgezogen. Die spielerischen Lernformen aus dem Kindergarten werden in diese Eingangsstufe der Schule übertragen. Außerdem soll die Schulzeit bis zum Abitur nur noch zwölf Jahre dauern.

Die Delegierten beschloss auch, 800 neue Polizisten einzustellen. „Die Personalaufstockung ist angesichts der wachsenden

Kriminalität in unserem Land dringend notwendig“, sagte Böhr. Kein anderes Bundesland weise bei der Polizei gemessen an der Einwohnerzahl eine schlechtere Personalausstattung auf.

Um Rheinland-Pfalz bei der Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen, wird die CDU den Mittelstand gezielt fördern, in die Verkehrswege investieren und die Verwaltung reformieren. „Wir müssen Doppelzuständigkeiten abschaffen und auf den klaren Verwaltungsaufbau aus Ministerien, Mittelbehörden und kommunalen Gebietskörperschaften setzen.“, so Böhr.

## BERLIN: PFLÜGER FORDERT WOWEREIT HERAUS

**Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Friedbert Pflüger, wird die Berliner CDU als Spitzenkandidat in den Abgeordnetenhauswahlkampf führen.**

Dafür sprachen sich einstimmig die CDU-Kreisvorsitzenden und der Landesvorstand der CDU Berlin aus. Die endgültige Nominierung soll auf einem Landesparteitag am 31. März erfolgen.

Friedbert Pflüger kündigte an, dass er alles daran setzen werde, bei der Wahl

am 17. September den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit abzulösen. Als erstes Mitglied seiner Wahlkampfmannschaft präsentierte

Pflüger Generalsekretär Frank Henkel als Wahlkampfleiter.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, begrüßte das einstimmige Votum für Friedbert Pflüger als Spitzenkandidat für die Landtagswahl ausdrücklich. Das „sehr eindeutige Votum“ sei die Vor-



Friedbert Pflüger

aussetzung dafür, „dass die Berliner CDU mit Kampfkraft, mit Optimismus, mit Entschlossenheit auch daran arbeiten kann, den rot-ro-

ten Senat hier in Berlin abzulösen“, sagte die Vorsitzende. Ein Regierungswechsel sei das gemeinsame Ziel der Landes- und der Bundespartei. „Gerade der Frage, wie eine Regierung in der Hauptstadt aussieht, messen wir natürlich allergrößte Bedeutung bei“, betonte Merkel.



Baden-Württemberg

## Oettinger trifft Papst Benedikt XVI.

**Der Vorsitzende der baden-württembergischen CDU, Günther H. Oettinger, ist im Rahmen seines Rombesuchs auch mit Papst Benedikt XVI. zusammengetroffen.**

Bei der Audienz in der päpstlichen Privatbibliothek ging es vor allem um Fragen der Zusammenarbeit von Kirche und Staat. „Es war ein bewegendes Gespräch“, sagte Oettinger nach der Audienz. Konkret sei es um Themen wie Kindererziehung, Religionsunterricht und Priesterausbildung in Baden-Württemberg gegangen. Man sei sich einig gewesen, dass „das christliche Menschenbild an unseren Schulen“ vermittelt werden müsse.

Ein weiteres Thema sei die Annäherung der katholischen Kirche und der Protestanten (Ökumene) gewesen. „Ich nehme den Eindruck mit nach Hause, dass die Ökumene beim Heiligen Vater in guten Händen ist.“ Es gelte, Distanz zwischen den Kirchen zu überwinden und zu einer Partnerschaft zu gelangen. Dabei dürften aber die Unterschiede nicht verwischt werden.

Bei seinem Besuch im Vatikan hatte Oettinger auch mit dem deutschen Kurien-



Günther H. Oettinger mit Papst Benedikt XVI.

Foto: dpa

kardinal Walter Kasper gesprochen. Der ehemalige Bischof von Stuttgart-Rottenburg ist als Präsident des Päpstlichen Rates für die Förderung der Einheit der Christen oberster „Vatikanexperte“ zum Thema Ökumene. Am Morgen hatte die Delegation bereits die Sixtinische Kapelle besucht.

### PARTNERSCHAFT UNTERZEICHNET

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger (vorne links) und der bulgarische Regierungschef Sergej Stanischew (vorne rechts) haben eine gemeinsame Erklärung zur Einsetzung einer gemeinsamen Kommission unterzeichnet. Stehend (v.l.): Europaminister Willi Stächele, der bulgarische Konsul Valev und die bulgarische Botschafterin Meglena Ivanova Plugtschieva-Alexandrova.

Die Kommission solle Bulgarien auf seinem Weg zur EU-Vollmitgliedschaft im Januar 2007 unterstützen und eine „Partnerschaft der Wissenschaft, Wirtschaft und



Verwaltung“ begründen, erklärte Oettinger bei der Unterzeichnung. Zunächst ist geplant, bulgarische Studenten für einen Austausch an baden-württembergische Universitäten einzuladen.

Foto: STM/Baden-Württemberg, Uwe Sattler

Sachsen-Anhalt

# Wahlprogramm vorgestellt

Mit dem Slogan „Auf dem richtigen Weg – Sachsen-Anhalt hat noch viel vor“ zieht der sachsen-anhaltinische Landesverband in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 26. März.

Ziel sei, erneut die mit Abstand stärkste Kraft im Landtag zu werden, kündigte der Landesvorsitzende Thomas Webel bei der Vorstellung des Wahlprogramms an. Webel unterstrich die Absicht seiner Partei, erneut eine Koalition mit der FDP einzugehen. „Rotrote Experimente“ sollten in jedem Fall verhindert werden.

In ihrem 85-seitigen Wahlprogramm haben die



Thomas Webel

Christdemokraten Wachstum und Arbeit vornan gestellt. Als wichtigste Vorhaben nannte der Leiter der CDU-Programmkommission, Jürgen Scharf, den Ausbau industrienaher Forschung, Programme für den

Arbeitsmarkt und eine Wirtschaftsförderung in der Breite. Zugleich will die CDU ihren Sparkurs fortsetzen. Die Neuverschuldung soll bis 2008 auf 500 Millionen Euro gesenkt und bis 2011 auf null zurückgefahren werden. Wichtigstes investives Vorhaben ist ein Sanierungsprogramm für Sekundarschulen.

Der Landesverband wird Wahlprogramm erstmals auch als Audio-CD verteilen. Eine halbe Stunde lang werden die wichtigsten Punkte vorgelesen.

## WAHLTERMINE 2006

- 26. März** Landtagswahl Baden-Württemberg
- 26. März** Landtagswahl Rheinland-Pfalz
- 26. März** Landtagswahl Sachsen-Anhalt
- 26. März** Kommunalwahl Hessen
- Herbst** Kommunalwahl Niedersachsen
- Herbst** Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
- Herbst** Landtagswahl/Kommunalwahl Berlin

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.





# Familienfreundlichkeit – Markenzeichen der deutschen Wirtschaft

**Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen will mehr Unternehmen für eine familienfreundliche Arbeitswelt gewinnen.**

„Familienfreundlichkeit soll zu einem Managementthema und zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft werden“, sagte die Bundesministerin bei der Vorstellung des neuen Programms „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“. Investitionen in Familienfreundlichkeit nützen nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den Unternehmen. „Wer Geld einsetzt, um jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Wunsch nach einem erfüllten Berufsleben mit Kindern zu ermöglichen, der erhält dafür eine Gegenleistung, die in der Regel höher ist als die Investition“, betonte von der Leyen.



Ursula von der Leyen

beiter, geringere Fehlzeiten und Fluktuation sowie eine höhere Attraktivität als Arbeitgeber.

„Zahlreiche Betriebe in Deutschland haben heute schon erkannt, dass sich eine familienfreundliche Personalpolitik auch rechnet. Diese gute Botschaft wollen wir jetzt in die Fläche tragen“, erläuterte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Programm „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“ spreche gezielt die Chefs und Personalverantwortlichen in den Unternehmen an. Sie können im Rahmen des Programms auf einen ganzen Fächer praxisnaher betriebswirtschaftlich durchgerechneter Konzepte und Bausteine zugreifen und

somit ihre Betriebe familienfreundlicher gestalten. „Wenn wir wollen, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in noch mehr Unternehmen zur Chefsache wird, müssen wir vor allem mit handfesten ökonomischen Argumenten überzeugen“, sagte von der Leyen.

Das Unternehmensprogramm, mit dessen Umsetzung ein Konsortium unter der Führung der Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants beauftragt wurde, läuft zunächst bis Ende September 2006 und ist eingebunden in die „Allianz für die Familie“, die von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, Gewerkschaften, renommierten Unternehmen und Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft getragen wird.

## Vorteile für familienfreundliche Unternehmen

Die Vorteile für familienfreundliche Unternehmen liegen auf der Hand: besser motivierte und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitar-

Das Programm sowie weitere Informationen rund um das Thema finden Sie auf [www.erfolgsfaktor-familie.de](http://www.erfolgsfaktor-familie.de)

CDU-Aktionswoche

## „Der Anfang stimmt!“

**Am 1. März 2006 ist die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel 100 Tage im Amt. Vor allem Journalisten, aber auch viele gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, die politische Opposition und andere werden eine erste Bilanz der neuen Regierung ziehen.**

Auch wir als CDU wollen uns und den Bürgerinnen und Bürgern die ersten richtungweisenden Beschlüsse der Großen Koalition vor Augen führen. Denn die ersten Ergebnisse können und wollen wir selbstbewusst nach außen tragen!

Die CDU Deutschlands führt deshalb Anfang März eine Aktionswoche zur Bilanz der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung durch. Im Rahmen der Aktionswoche wird die CDU das Gespräch mit den Bürgern suchen. Wir wollen mit Betroffenen, mit Beteiligten und mit Fachleuten diskutieren, was sich in Deutschland tut und was für die Zukunft noch zu tun ist. Mit zahlreichen Aktionen wollen wir flächendeckend Präsenz zeigen und deutlich machen: Der Anfang stimmt. Es geht wieder aufwärts!



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

Die ersten 100 Tage der Großen Koalition und die ersten Beschlüsse sind gekennzeichnet durch mutiges, vorausschauendes und entschiedenes Handeln. Nicht alle guten Vorschläge der CDU konnten mit den Sozialdemokraten vollständig umgesetzt werden, aber CDU, CSU und SPD haben erste Signale gesetzt.

Ob Haushaltssanierung oder Wirtschaftsförderung, ob Arbeit, Bildung oder Soziales – die Reformbestrebungen betreffen alle politischen Bereiche. Die neue Regierung hat begonnen, Wachstumsbremsen zu lösen und Bürokratie abzubauen. Sie hat Reformen des Arbeitsmarktes angestoßen und bereitet den Ausstieg aus der staatlichen Verschuldung vor. Unsere Schulen und

Hochschulen werden für die Zukunft fit gemacht, um im internationalen Vergleich wieder an die Spitze zu gelangen. Noch in diesem Jahr wird eine Reform der sozialen Sicherungssysteme vorbereitet.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen, um heutigen und künftigen Generationen ein Leben in Wohlstand zu sichern und den Menschen das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Landes wieder zu geben. Die öffentlichen Reaktionen auf die ersten wichtigen Beschlüsse in den vergangenen 100 Tagen zeigen: Deutschland ist auf dem richtigen Weg.

Unterstützen Sie uns bei der Durchführung dieser Aktionswoche! Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einige konkrete Vorschläge, Beispiele, Anregungen und Hilfestellungen für die Organisation von Veranstaltungen und Aktionen vor Ort erarbeitet. Diese Aktionsvorschläge und weitere Materialien zur Aktionswoche finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de). Fragen und Anregungen richten Sie bitte an [cdunet@cdu.de](mailto:cdunet@cdu.de).



Weltwirtschaftsforum Davos

# Herausforderungen als Chance begreifen

**Mit einem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und dem Willen zur Freisetzung aller verfügbaren Kräfte für mehr Wachstum hat Bundeskanzlerin Angela Merkel das 36. Weltwirtschaftsforum in Davos eröffnet.**

Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, dass sie alles daran setze werde, Deutschland innerhalb eines Jahrzehnts unter die ersten drei Länder mit dem größten Wirtschaftswachstum in Europa zu bringen. Voraussetzung sei, dass Deutschland wieder mehr von den hier entwickelten Ideen leben könne. Das sei in der Vergangenheit versäumt worden: Zwar habe Deutschland das Computerzeitalter mit Konrad Zuse eingeleitet, aber: „An der daraus resultierenden Entwicklung haben wir – wenn ich an Google und Microsoft denke – nicht ausreichend partizipiert.“ Innovation stünde ganz oben auf ihrer Agenda. Deshalb werde sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung investiere. Die



Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet das 36. Weltwirtschaftsforum in Davos

Foto: dpa

Politik müsse etwa für die Pharma-Industrie und bei der Gentechnologie die Rahmenbedingungen schaffen, um am „Wettbewerb der besten Köpfe“ teilzunehmen, fügte die Kanzlerin hinzu.

Sie werde nicht müde, für die „alte Weisheit“ zu werben, nach der Arbeit Wachstum und Wachstum Freiheit brauche, sagte Merkel. Deshalb habe sie Bürokratieabbau „zur Chefsache gemacht“. In vielen Fällen könnten bestehende Regelungen wieder abgeschafft werden, dafür wolle sie einen „Normenkontrollrat“ einrichten. „Wir fesseln in Deutschland grandiose Kräfte durch Regularien“, so Merkel. Vier bis sechs Prozent des Umsatzes

müssten mittelständische Unternehmen für die Bürokratie aufbringen, rechnete die CDU-Vorsitzende vor. Auch in der Europäischen Union müsste darüber nachgedacht werden, Neuregelungen zukünftig nur noch befristet zu beschließen. Für diese Zielsetzungen werde sich die Bundesregierung im kommenden Jahr auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im Vorsitz der Gruppe der acht führenden Industriestaaten (G8) einsetzen.

Angesichts der Auswirkungen der Globalisierung, die bei vielen Europäern Ängste auslösten, warb Merkel vor dem Weltwirtschaftsforum für das „erfolgreiche“ Modell der sozialen Markt-



wirtschaft. „Es wäre fatal, wenn wir nicht die Kraft aufbrächten, die Herausforderungen als Chance zu begreifen“, sagte die Kanzlerin. Die Politik müsse dabei den Bürgern „die Ängste nehmen“, damit sie sich „voll Freude dem Wettbewerb um kreative Ideen“ stellten. Dazu gehöre für die Bürger, dass bessere Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Beruf

und Familie geschaffen werden. Im Interesse der Unternehmen müssten die Lohnnebenkosten gesenkt und ein Steuersystem mit größerer Beständigkeit als bislang geschaffen werden.

Bundeskanzlerin Merkel sicherte außerdem zu, dass Deutschland, wenn es im kommenden Jahr den Vorsitz in der EU und in der G8 übernimmt, bei der Gestaltung

der Weltwirtschaft eine führende Rolle einnehmen werde. „Wir müssen die Frage beantworten, welchen Ordnungsrahmen unsere veränderte Welt braucht“, sagte die Kanzlerin. In diesem Zusammenhang sprach sich die Kanzlerin für die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) und die Einbindung der ärmeren Länder in einen freien Welthandel aus.

# Sie verpassen was.

Wenn Sie das neue CDUnet noch nicht kennen.

Unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) finden Sie alle Informationen, die Sie für die tägliche Arbeit brauchen:

- Flugblätter
- Musterreden, Musteranzeigen
- Online-Shop für Werbemittel
- Analysen und Argumente
- Veranstaltungstipps
- Kampagnenmaterial
- Forum mit vielen Extras
- und vieles mehr.

CDUnet

Zur Anmeldung brauchen Sie nur Ihren Namen und Ihre Mitgliedsnummer!

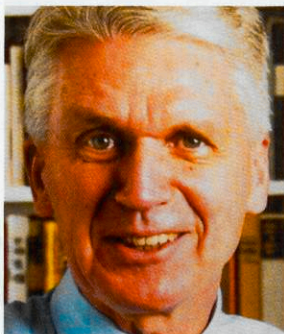
Josef Schlarmann

## „Antidiskriminierungsgesetz aus rot-grüner Feder verhindern“

**Der im Deutschen Bundestag vorgelegte Gesetzentwurf zum Antidiskriminierungsgesetz wäre ein unakzeptabler Eingriff in die Vertragsfreiheit und die deutsche Rechtstradition.**

Er enthält bürokratische Regelungen, die weit über die europäischen Vorgaben der EU-Richtlinien zum Verbot von Diskriminierung hinausgehen. Zudem bietet die deutsche Gesetzgebung schon heute hinreichenden Schutz vor Diskriminierung.

Die Union hat im Wahlkampf avisiert, EU-Recht nur noch 1:1 in nationales Recht umzusetzen. Bei dieser Linie muss sie auch in dieser Diskussion unbedingt bleiben. Anderenfalls könnte künftig jeder Arbeitnehmer, der sich z.B. bei einer Beförderung übergangen fühlt, behaupten, er sei aus fachfremden Gründen diskriminiert worden. Wenn wir die lange Liste aus dem Gesetzentwurf durchgehen, findet sich nahezu für jeden eine passende Schublade, um sich als unterdrückte Minderheit auszugeben. Der Arbeitgeber müsste dann vor Gericht das Gegenteil beweisen. Nach dem Ge-



Josef Schlarmann

setzentwurf reicht es offenbar aus, dass der Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft machen, die eine Benachteiligung vermuten lassen. Der Arbeitgeber trägt dann die Beweislast dafür, dass die unterschiedliche Behandlung auf sachliche Gründe zurückzuführen ist. Um diese Prozessrisiken zu beherrschen, müsste der Arbeitgeber jede Entscheidung, jedes Personalgespräch umfänglich dokumentieren, was zu zusätzlicher Bürokratie führt. Auch wird so das Arbeitsklima in den Betrieben sicherlich nicht verbessert.

Mit diesem Gesetz werden insbesondere auf kleine und mittlere Betriebe enorme Kosten zukommen, da sie sich in der Regel keine eige-

nen Rechtsabteilungen leisten können. Gerade beim Mittelstand steigen so die ohnehin schon hohen Bürokratiekosten noch weiter an.

Dieses Gesetz diskriminiert den deutschen Mittelstand und wird dazu führen, dass weitere deutsche Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Die MIT fordert daher die entsprechenden EU-Richtlinien wie vorgegeben umzusetzen und die ohnehin schon strengen Antidiskriminierungsregeln der EU nicht noch zu Lasten des deutschen Mittelstandes zu übertreffen.

**Josef Schlarmann** ist der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT).

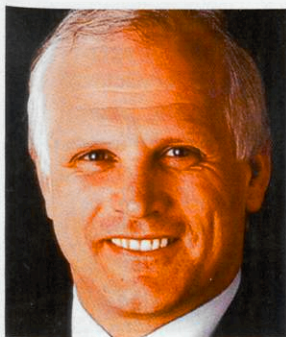
Sonderausgabe des Parlamentskreises Mittelstands der Bundestagsfraktion „Weichenstellungen für den Aufschwung. Der Mittelstand im Focus der Großen Koalition.“

Aktuell auf [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
de Navigationspunkte:

► Themen ► soziologische Gruppen ► Parlamentskreis Mittelstand







Peter Bleser

## Saisonarbeitskräfte weiter Thema

**Aufgrund der absehbaren Probleme bei der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Saisonarbeitskräften vom heimischen Arbeitsmarkt wird die Bundestagsfraktion in diese Frage erneut aktiv.**

Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Volker Kauder und Peter Struck, werden mit dem Minister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, ein Gespräch mit dem Ziel führen, eine akzeptable Lösung zu finden.

Ohne ein Entgegenkommen in der Frage der Begrenzung ausländischer Saisonarbeitskräfte sind Verluste in den Betrieben des Sonderkulturanbaus unvermeidbar.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Fraktions-AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

## Wirtschaft bestätigt Regierungskurs

**Eine weitere gewichtige Stimme der Wirtschaft fordert den raschen Beginn, auf systematische Art und Weise neue Bürokratie zu vermeiden und Bestehendes zu überprüfen.**

Die Unionsbundestagsfraktion begrüßt den Forderungs-Mix des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln): – Bürokratie-Schnelltest, Gesetzesfolgenabschätzung, Gesetzesrevision. Dies ähnelt anderen guten Ansätzen aus dem Ausland: Die USA, Großbritannien und die Niederlande haben entsprechende Experten-Modelle in ressortübergreifender, unabhängiger Stellung eingerichtet. Auch in den deutschen Bundesländern gibt es ähnlich erfolgreiche Ansätze: So hat Baden-Württemberg den „Bürokratie-TÜV“, der allein die Gesamtzahl aller Verwaltungsvorschriften um 50% auf rund 2150 Vorschriften reduziert hat. Denn nur systematisch wird man der schwierigen Querschnittsaufgabe des Bürokratieabbaus gerecht.

Auch die neue Bundesregierung wird einen solchen Ansatz verfolgen: Weg von der erfolglosen Einzelkampfstrategie soll der einzurich-



Michael Fuchs

tende Normenkontrollrat zusammen mit einem unabhängigen Beratergremium systematisch Gesetzesfolgekosten aufspüren, abschätzen und verhindern.

Die Unionsbundestagsfraktion wird das Ziel, Arbeitsplätze durch Bürokratieabbau zu schaffen und so nachweisbar Wirtschaftswachstum zu generieren, klar bei der Bundesregierung einfordern.

**Michael Fuchs** ist der Berichterstatter für Bürokratieabbau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## „Allianz für Entwicklung“ schaffen

Die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung und die Herstellung von Stabilität in den Entwicklungsländern werden nur erreichbar sein, wenn es gelingt, dort gute Regierungsfüh-





Christian Ruck

ring und ein investitionsfreundliches Klima zu etablieren. Die Lösung dieser Aufgabe fällt vorrangig in die Eigenverantwortung der betroffenen Länder. Die deutsche Entwicklungspolitik sieht es aber als zentrale Aufgabe an, ihre Partner dabei zu unterstützen.

Zur Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik bei unseren Partnern sind neben geeigneten Rahmenbedingungen interne und externe Investitionen und spezifisches „Know How“ erforderlich. Die deutsche Wirtschaft kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und will sich zukünftig noch stärker engagieren.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss diese Bereitschaft aufgreifen und über das bestehende Instrumentarium der Privaten-Öffentlichen-Partnerschaften (PPP) hinaus neue Wege gehen und die bestehende Zusammenarbeit partnerschaftlich zu einer „Allianz für Entwicklung“ ausbauen.

**Christian Ruck** ist der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Lebensmittel- importe besser kontrollieren

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Initiative des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. (Vzbv), im Rahmen der Diskussion um Gammelfleisch und bessere Lebensmittelkontrollen auch Rückstände bei importierten Lebensmitteln zu berücksichtigen. Der Vzbv hat mit dieser Veröffentlichung ein wichtiges Thema aufgegriffen.**

Die Koalitionsfraktionen werden beantragen, dieses Thema in der nächsten Ausschusssitzung intensiv zu diskutieren. Antibiotikarückstände in Fleisch und Pestizidbelastungen bei Obst und Gemüse treten leider immer wieder auf. So wurde bei Schwerpunkt-Untersuchungen im Jahr 2004 durch die amtliche Lebensmittelüberwachung festgestellt, dass bei importiertem Obst und Gemüse nahezu 9,5 Prozent der Proben Rückstände über den gesetzlichen Rückstands-Höchstgehalten vorlagen. Um die Kontrolldichte in Deutschland zu erhöhen, muss daher die staatliche Lebensmittelkontrolle mit privaten Qualitätssicherungssystemen verzahnt werden.

Insgesamt können diese Probleme nur auf EU-Ebene gelöst werden. So brauchen wir einheitliche Kontrollstandards, die einen gleichwertigen Schutz an allen EU-Außengrenzen gewährleisten. Zusätzlich müssen EU-weit klare Rückstandshöchstmengen festgelegt werden.

## ENQUETE-KOMMISSION „KULTUR IN DEUTSCHLAND“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Gitta Connemann zur Vorsitzenden und Wolfgang Börnsen zum Obmann der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ gewählt.

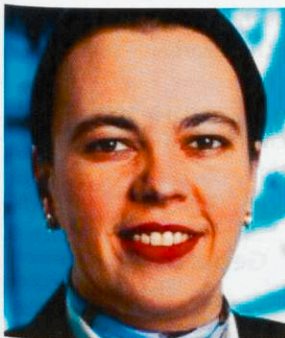


Gitta Connemann



Wolfgang Börnsen





Ursula Heinen

Mit der EU-Verordnung (EG/396/2005) wurde die Basis geschaffen, die Rückstands-Höchstmengen abschließend zu harmonisieren, leider erst frühestens im Jahr 2007. Mit der EU-Verordnung über Zusatzstoffe in der Tierernährung (EG/1831/2005) sind ab dem 1. Januar 2006 das Inverkehrbringen und die Verwendung von antibiotischen Wachstumsförderern verboten. Zur Verbesserung des Informationsanspruches von Verbrauchern gegenüber den Behörden werden wir in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verbraucherschutz baldmöglichst einen Entwurf eines Verbraucherinformativgesetzes vorlegen.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der AG Ernährung, Landwirtschaft, und Verbraucherschutz, **Ursula Heinen** ist die zuständige Berichterstatterin für Lebensmittelsicherheit.

## Positive Bilanz des Menschenrechtsgerichtshofes

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg, Luzius Wildhaber, hat auf der jährlichen Pressekonferenz eine positive Bilanz über die Arbeit des Menschenrechtsgerichtshofes gezogen. So sei die Anzahl der Urteile gegenüber 2004 um 54 % angestiegen. Die Zahl der vor den Gerichtshof gebrachten Fälle, welche in einem Urteil mündeten, sei um 36 % gestiegen.

Hintergrund dieser erfreulichen Zahlen ist nicht zuletzt die gestiegene finanzielle Unterstützung der Europarats-Mitgliedsstaaten für den Gerichtshof. Der Anstieg im Budget des Gerichtshofes hatte es möglich gemacht, 45 neue Mitarbeiter einzustellen.

Die durch den Deutschen Bundestag vorgenommene Ratifizierung des 14. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention gibt Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der Arbeit des Gerichtshofs. Mit den im Zusatzprotokoll enthaltenen Verfahrensneuerungen soll der Gerichtshof entlastet und seine Arbeit



Erika Steinbach

noch effektiver gestaltet werden.

Besorgniserregend ist die Verteilung der Gerichtsurteile nach Ländern: Die Türkei führt die Liste der Urteile gegen Länder wegen Menschenrechtsverletzungen an. So wurden gegen die Türkei insbesondere Urteile wegen eines unfairen Verfahrens gegen den inhaftierten Kurdenführer Abdullah Öcalan sowie wegen Verstößen gegen das Folterverbot, das Recht auf Leben sowie das Recht auf Meinungsfreiheit gefällt. Momentan sind noch 9.600 Verfahren gegen die Türkei anhängig. Diese Zahlen erschrecken. Sie werfen kein gutes Bild auf ein Land, dessen erklärtes Ziel ein Beitritt zur Europäischen Union ist.

**Erika Steinbach** ist die Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Optimismus und neues Vertrauen – Für Wachstum und neue Arbeitsplätze

Innerhalb weniger Monate hat sich die wirtschaftliche Lage und Stimmung in Deutschland spürbar aufgehellt.

Ging das Sachverständigengutachten im November 2005 noch von einem wirtschaftlichen Wachstum von 1,0 Prozent für 2006 aus, erwartet die Bundesregierung nun 1,4 Prozent.

Diese Prognose könnte gut übertroffen werden. Hierfür wird sich die Koalition mit konsequenter Arbeit einsetzen. Die Arbeitslosenzahl soll in 2006 um 350.000 sinken und auch der Ifo-Geschäftsklimaindex ist auf den besten Wert seit Mai 2000 gestiegen. Es zeigt sich: Optimismus und neues Vertrauen sind Voraussetzungen für Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Wichtiger Unterschied zu früher: Diese Zahl liegt nicht am oberen Ende der zur Zeit diskutierten Schätzungen. Konservative Annahmen, ein klarer Fahrplan für die Reformmaßnahmen und ein Ende des „Nachbesserns“ sind Voraussetzungen für neues Vertrauen bei Wirtschaft



Laureenz Meyer

und Verbrauchern. Richtig und wichtig ist die Konzentration auf die Verbesserung der Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen: Bürokratieabbau, Finanzierungsbedingungen, Verbesserungen bei Erbschaftsteuer und Abschreibungen sind besonders wichtige Vorhaben in 2006.

Die Weichenstellung, private Haushalte als Arbeitgeber zu sehen, wird ein zusätzlicher Schritt für legale Beschäftigungsverhältnisse –

auch als Ersatz für bisherige Schwarzarbeit – sein.

**Laureenz Meyer** ist der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

## Geburtenrückgang fatal

**Der unter der Chiffre „Demographische Wandel“ bekannte Geburtenrückgang in Deutschland zeigt eine neue Dramatik:**

2005 ist die deutsche Bevölkerung nach neuesten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes auf etwa 82,45 Millionen geschrumpft. Damit setzt sich ein fataler Trend fort.

Wurden 1964 noch 1,36 Mio. Kinder geboren, waren es 2006 nur noch 680.000. Jedes Jahr fehlt der Nachwuchs in einer Größenordnung zweier Großstädte wie Nürn-

### FRAKTIONEN-BEAUFTRAGTE IN DER 16. LEGISLATURPERIODE

- Beauftragte für Drogen: Maria Eichhorn
- Beauftragter für Tierschutz: Peter Jahr
- Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften: Ingrid Fischbach
- Beauftragter für Behinderte: Hubert Hüppe
- Beauftragte für Verbraucherschutz: Julia Klöckner
- Koordinator in Energiefragen: Joachim Pfeiffer
- Stellvertreter: Georg Nüßlein





Johannes Singhammer

berg und Augsburg zusammen. Der weltweit einmalig hohe Anteil der Frauen und Männer an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleiben, liegt hierzulande bei etwa einem Drittel.

Die demographische Entwicklung hat zahllose Auswirkungen auf die Renten-, Kranken-, und Pflegeversicherung, auf Arbeits- und Wohnungsmärkte, auf die Auslastung der kommunalen Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen. Die anhaltende Konsumschwäche im Inland ist sicher nicht zusammenhanglos mit dem Ausfall einer gesamten nachwachsenden Generation.

Wir brauchen einen Marshallplan für mehr Kinder in Deutschland. Dieser muss sowohl eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen als auch ein Umdenken in den Köpfen für mehr Kinderfreundlichkeit umfassen.

Der Regierung ist es innerhalb der letzten Wochen gelungen, das Thema Familie stärker an die Spitze der gesellschaftlichen Debatte zu rücken. Die beschlossenen Maßnahmen zu einer Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit für Kinderbetreuungskosten sind ein erster wichtiger Schritt zur Gegensteuerung.

### Johannes Singhammer

ist der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



## Union bleibt zuverlässiger Partner

**Auch in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages stehen CDU und CSU wieder fest an der Seite der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten.**

In einer ihrer ersten Sitzungen hat die Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm beschlossen, womit sie an die Positionen aus der vergangenen Wahlperiode nahtlos anknüpft. Wir werden unsere Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition dazu nutzen, unsere Anliegen ein Stück voranzubringen.

Dabei ist der Einsatz für Heimatvertriebene, Spät-

aussiedler und deutsche Minderheiten auch stets ein Beitrag dazu, dass die schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten und das Bewusstsein in der Öffentlichkeit geschärft wird, damit Vertreibungen in Zukunft dauerhaft geächtet werden.

Besonders vordringlich sind Verbesserungen im Bereich der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Der Kürzungsmarathon von 45 Prozent in den vergangenen sieben Jahren und der Ausschluss der Organisationen der Heimatvertriebenen aus der Förderung dürfen nicht fortgesetzt werden. Hier müssen schnell Verbesserungen erzielt werden, um gewachsene Strukturen und die wichtige kulturelle Breitenarbeit zu stärken.

Wir wollen auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin und die Erhebung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ zur Umsetzung bringen und sind dabei für die bisherige Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr dankbar.

Ein wichtiges Anliegen ist es auch, für besonders schwer vom Vertreibungsschicksal Betroffene und für bisher un-



Jochen-Konrad Fromme

gelöste Fragen eine Lösung zu erreichen. Hierzu zählt beispielsweise auch eine moralische Anerkennung des besonders schweren Schicksals deutscher Zwangsarbeiter in Form einer humanitären Geste.

Die Förderung der deutschen Minderheiten im Ausland wollen wir wieder auf eine solide und verlässliche Basis stellen, so dass diese vor allem mit der jungen Generation eine Zukunftsperspektive und die Möglichkeit zur Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Kultur erhalten.

CDU und CSU und besonders die Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge bleiben zuverlässige Partner an der Seite der deutschen Spätaussiedler. Daher tritt die Gruppe für nachhaltige Verbesserungen in den Bereichen Aufnahme und Integration der deutschen Spätaussiedler ein. Vordringlich

sind besonders Verbesserungen beim Familiennachzug der deutschen Spätaussiedler.

### Jochen-Konrad Fromme

ist der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## Der Mensch ist mehr als eine Ware

**Mit der programmatischen Enzyklika Papst Benedikts XVI „Deus caritas est“ wird deutlich, dass die Liebe das zentrale Moment des Christentums ist.**

Aus der Liebe Gottes, die den Menschen voraussetzungslos zu Teil wird, entfaltet sich die gesamte humanisierende Kraft des Christentums und die Verantwortung, die Menschen für einander haben. Sein Aufruf zur Mitmenschlichkeit über die Parteien und Ideologien hinweg, nimmt Kirche und Politik gleichermaßen in die Pflicht, sich für eine gerechte Weltordnung einzusetzen.

Feinfühlig und klar setzt sich Papst Benedikt XVI mit Vorwürfen der christlichen Leibfeindlichkeit auseinander und stellt klar, dass zur gelingenden menschlichen Liebe immer Leib und Seele gehören. Eros und Agape sind zwei Seiten einer Me-



Ingrid Fischbach

daille. Fallen beide Dimensionen auseinander, entsteht jeweils eine Karikatur von Liebe. Diese bittere Erfahrung machen heute leider viele Paare, die mit guten Willen eine Partnerschaft eingegangen sind.

Seine deutlichen Worte, dass der Mensch sich selbst entwürdigt und weit unter seinen Möglichkeiten bleibt, wenn der Leib zum materiellen Gut degradiert und Sex zur Ware wird, ist ebenso zu begrüßen, wie die Absage daran, mit dem Namen Gottes Racheakte und die Pflicht zum Hass zu verbinden. Im Namen Gottes Terrorakte zu verüben, verbietet sich von selbst. Das Christentum hat seine eigene Gewaltgeschichte eindeutig aufgearbeitet.

**Ingrid Fischbach** ist die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



### T-Shirt „CDU“

100% Baumwolle

Preis je Stück: **5,20 €**

Preis inkl. MwSt.: 6,03 €



### Damen T-Shirt

Figurbetonter Schnitt und halsferner Ausschnitt

Bestell-Nummern: **9215** – Größe S

**9216** – Größe M

**9217** – Größe L

### Herren T-Shirt

Bestell-Nummern: **9218** – Größe L

**9219** – Größe XL

**9220** – Größe XXL

### CAP „CDU“

100% BW – Canvas mit 2-farbigem Logo-Druck  
mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9221**

Preis je 5 Stück: **12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9221A** – Einzelverkauf

Preis je Stück: **3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €



### Armband „Besser für die Menschen. CDU“

Das modische Armband aus  
Silikon zum überstreifen.

Bestell-Nr.: **9272**

Preis je 50 Stück: **18,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 20,88 €



## Bestellschein > Rednerankündigungsplakat

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Bereich Produktion und Distribution  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

**Fax 030/22070389**

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bundesredner	Format DIN A0	gewünschte Exemplare	Format DIN A1	gewünschte Exemplare	Gesamtpreis
Althaus, Dieter	8126		8125		
Beust, Ole von	8902		8901		
Böhmer, Wolfgang	8002		8001		
Böhr, Christoph	8474		8473		
Carstensen, Peter Harry	8282		8281		
Jung, Franz Josef	8306		8307		
Kauder, Volker	8004		8003		
Koch, Roland	8478		8477		
Lammert, Norbert	8006		8005		
Laumann, Karl-Josef	8900		8899		
Leyen, Uraula von der	8194		8193		
Merkel, Angela	8402		8403		
Milbradt, Georg	8008		8007		
Müller, Hildegard	8904		8903		
Müller, Peter	8480		8479		
Oettinger, Günther	8308		8309		
Peiner, Wolfgang	8906		8905		
Pöttering, Hans-Gert	8908		8907		
Pofalla, Ronald	8304		8305		
Röttgen, Norbert	8310		8311		
Rüttgers, Jürgen	8052		8053		
Schäuble, Wolfgang	8634		8635		
Schavan, Annette	8628		8627		
Schipanski, Dagmar	8912		8911		
Schönbohm, Jörg	8778		8779		
Wulff, Christian	8192		8191		

### DIN A0

Preis je 50 Stück: 39,00 €  
inkl. MwSt.: 45,24 €

### DIN A1

Preis je 50 Stück: 25,00 €  
inkl. MwSt.: 29,00 €

zzgl. Versandkosten

Datum,

Unterschrift

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



# Bestellschein > Infomaterialien/Werbeartikel

**Fax 05241/8 09 41 65**

arvato logistics services  
 CDU-Kundenbetreuung  
 Gottlieb-Daimler-Straße 1  
 33428 Harsewinkel

<b>Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift</b>	<input style="width: 30px; height: 20px;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px;" type="text"/> <input style="width: 30px; height: 20px;" type="text"/>	<b>Lieferanschrift</b> (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell- Nummer	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
			(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt.)	

**Datum, Unterschrift**

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

## So bestellen Sie richtig!

### 1. Was kann man bestellen?

Unser Angebot von Werbe- und Informationsmitteln wird in regelmäßigen Abständen im UID als „Gesamtangebot“ veröffentlicht. Alle Werbe- und Informationsmaterialien finden Sie auch in unserem Online-Shop im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de). Darüber hinaus können Sie das aktuelle Gesamtangebot jederzeit über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bereich Marketing und Interne Kommunikation anfordern.

### 2. Wo kann man bestellen?

Unser gesamtes Werbe- und Informationsmaterial befindet sich zentral in dem Versandzentrum der Firma arvato logistics services.

### 3. Wer kann was bestellen?

Jeder, der sich dafür interessiert oder das Material weitergeben möchte, kann bestellen.

### 4. Welche Mengen muss man bestellen?

Es können nur ganze Verpackungseinheiten bestellt werden, zum Beispiel 5, 10, 25, 50, 100 oder 150 Stück.

### 5. Wie viel kostet das Material?

Die aktuellen Preise werden im CDU-Informationdienst „UID“ und im E-Shop veröffentlicht. Alle Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer. Die Versandkostenpauschale beträgt für jede Bestellung 5,00 € zzgl. Mwst. Die Kosten für Eil- oder Kurierzustellungen werden gesondert in Rechnung gestellt.

### 6. Wer bezahlt die Rechnung?

Wer Material bestellt, erhält die Rechnung und gilt als Zahlungspflichtiger.  
Kreisverbände haften nicht für Bestellungen ihrer Mitglieder.

### 7. Bestellscheine

Im Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) finden Sie weitere Bestellscheine für Plakatträger/Außenwerbemittel/Schaukasten/Glücksrad usw.

**ACHTUNG!  
NEUE FAXNUMMER**

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)